

Abrahamson, George

Article — Digitized Version

## Großbritanniens Einstellung zur EWG

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Abrahamson, George (1961) : Großbritannien's Einstellung zur EWG, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 41, Iss. 3, pp. 137-140

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133095>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Großbritanniens Einstellung zur EWG

Dr. George Abrahamson, London

In der britischen Einstellung zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hat sich im letzten Jahr ein bemerkenswerter Wandel vollzogen. Stellten früher die Politiker die eifrigsten Verfechter der Einheit Europas, während Industrie und Landwirtschaft auf ihre Pläne und Vorschläge mit Mißtrauen und offener Ablehnung reagierten, so findet man heute in der britischen Geschäftswelt eine viel positivere Haltung, wohingegen amtliche Stellen jetzt Zurückhaltung üben und vor übertriebenen Hoffnungen warnen. Das Paradox dieses Frontenwechsels ist indessen leicht zu erklären. Die Schwierigkeiten auf der politischen Ebene treten schroffer und klarer zutage, während die wirtschaftlichen Nachteile eines Zusammenwirkens mit der Gemeinschaft im Lichte sorgfältiger, auf praktischer Erfahrung fußender Untersuchungen milder erscheinen als ursprünglich befürchtet. Der schnell wachsende Gemeinsame Markt erweist sich als große Attraktion gerade für die aktivsten und leistungsfähigsten Industriezweige Großbritanniens; aber auch weniger günstig fundierte Wirtschaftszweige beginnen eine Verbindung mit der Gemeinschaft als früher oder später unvermeidlich zu akzeptieren.

## *Gespräche auf der politischen Ebene drängen*

Gleichzeitig setzt sich in politischen Kreisen die Meinung durch, daß die Zeit zu Verhandlungen drängt. Die Ministertreffen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Paris und der Freihandelsvereinigung in Genf Mitte Februar — nach Macmillans Besuch bei de Gaulle und vor Dr. Adenauers Gesprächen in London — haben die Situation zumindest präzisiert. Britisch-französische Sachverständigengespräche über Wege, die Wirtschaftsgemeinschaft mit der Freihandelsvereinigung in Verbindung zu bringen, folgten Ende Februar den separaten Besprechungen mit deutschen und italienischen Experten. Sie waren die ersten derartigen Zusammenkünfte seit dem Bruch im Jahr 1958. London hat sich auch in Washington vergewissert, daß Präsident Kennedy seinen Einfluß zugunsten einer Beseitigung wirtschaftlicher Rivalitäten und ihrer politischen Rückstöße geltend machen will, und ist von seinen Partnern im Commonwealth und in der Freihandelszone ebenfalls ermutigt worden, mit der Wirtschaftsgemeinschaft Kontakt zu suchen. Der Wunsch, eine Brücke zwischen den beiden westeuropäischen Wirtschaftsgruppen zu schlagen, war in England immer vorhanden, aber das Terrain ist jetzt so gründlich sondiert worden, daß eine britische Initiative wirkliche Chancen bietet.

## *Eine realistischere Beurteilung der Zollsituation*

Bevor die in England untersuchten Lösungen geprüft werden, ist es nützlich, die Situation so zu betrachten, wie sie sich britischen Beobachtern heute darstellt, denn ihre ursprünglichen Befürchtungen hinsichtlich des Gemeinsamen Markts haben einer reali-

stischeren Beurteilung Platz gemacht. Der Handel mit den Ländern der Wirtschaftsgemeinschaft war für Großbritannien mit seinen weltweiten Interessen nie so wichtig wie für kontinentale Staaten. Ein nicht unwesentlicher Teil des britischen Exports nach dem Gemeinsamen Markt ist zudem Zollveränderungen gegenüber unempfindlich, so daß die Zollvergünstigungen innerhalb des Markts einstweilen für britische Firmen eher ein Anlaß zu Ärger als zu ernstesten Befürchtungen sind. Man hört allerdings, daß sich die Zollbenachteiligung in manchen Branchen stärker auswirken wird, wenn sie Ende dieses Jahres weiter vorangetrieben wird. Ebenso wird eine Erhöhung der Außenzölle in den Mitgliedstaaten der Wirtschaftsgemeinschaft, deren Sätze unter denen des geplanten gemeinsamen Außenzolltarifs liegen, mit Ruhe erwartet. Da das Niveau der britischen Schutzzölle im großen und ganzen etwa dem für den Gemeinsamen Markt vorgesehenen Außentarif entspricht, können tatsächlich gegen dessen Höhe von britischer Seite kaum Bedenken geltend gemacht werden. Es wird auch anerkannt, daß mancherlei Konzessionen, vor allem auch die Liberalisierung der französischen Einfuhr, das Geschäft mit Ländern des Gemeinsamen Markts leichter machen, als man noch vor einem Jahr zu hoffen wagte.

## *Die Anziehungskraft des größeren Marktes*

Wenn also die Veränderungen in den Einfuhrzöllen und -quoten in der Wirtschaftsgemeinschaft keine Unruhe verursachen, so stellen britische Exporteure andererseits fest, daß sich die Imponderabilien stärker als erwartet gegen sie auswirken. Von der Idee der Wirtschaftsgemeinschaft geht eine dynamische Kraft aus, die der Freihandelsvereinigung — vorläufig jedenfalls — fehlt. Die Möglichkeiten der Großraumwirtschaft werden von den Firmen im Gemeinsamen Markt mit Begeisterung wahrgenommen, wohingegen die außenliegenden Teile der Freihandelszone bei der britischen Industrie noch immer wenig Beachtung finden. Britische Firmen haben das Gefühl, daß Geschäftsfreunde in der Wirtschaftsgemeinschaft sie jetzt als Außenseiter betrachten, während die Freihandelspartner ihre eigene Organisation oft nur als Provisorium behandeln und, ebenso wie Großbritannien selbst, keine psychologischen Schranken zwischen den beiden westeuropäischen Wirtschaftsgruppen aufkommen lassen möchten.

Obwohl die Freihandelsvereinigung bei Zollsenkungen und anderen Maßnahmen mit der Wirtschaftsgemeinschaft absichtlich Schritt hält, dehnen sich die Handelsbeziehungen britischer Firmen mit Skandinavien und den anderen Partnern durchaus nicht schneller aus als mit dem Gemeinsamen Markt. Der schnelle Aufschwung innerhalb der Wirtschaftsgemeinschaft, vor allem die anhaltende Hochkonjunktur in Deutschland und die rasche Erholung in Frankreich seit der



# Hanseatischer Afrika Dienst

Gemeinschaftsdienst der Reedereien

H. M. GEHRCKENS HAMBURG

FRANZ L. NIMTZ HAMBURG

Regelmäßige Fracht- und Passage-Gelegenheit

VON HAMBURG / BREMEN NACH WESTAFRIKA

Währungsreform, wirken sich auch für britische Firmen so positiv aus, daß sie meist die Gefahren der Abkapselung zweier Wirtschaftsblöcke ignorieren. Aus diesem Grund gibt es auch in der britischen Wirtschaft keine „öffentliche Meinung“, die etwa die Regierung in ihrer Politik gegenüber der Wirtschaftsgemeinschaft beeinflussen könnte. Weitsichtige Beobachter sehen aber gerade in dem schnellen Wachstum des Gemeinsamen Markts unter den obwaltenden Umständen eine besondere Gefahr, weil britische Firmen dort angesichts der allmählich zunehmenden Diskriminierung gegen sie nicht langfristig operieren können. Ein englischer Automobilfabrikant z. B., dessen Erzeugnisse weiter Einfuhrquoten und -zöllen unterliegen, kann keinen so großzügigen Kundendienst bieten wie ein kontinentaler Konkurrent, der sich auf einen Massenmarkt frei von jedweden Beschränkungen vorbereitet.

## Die agrarpolitische Seite

Auch in der britischen Landwirtschaft haben sich die Ansichten über den Gemeinsamen Markt beträchtlich geändert. Man sieht heute den nötigen Schutz der heimischen Agrarproduktion und die Form, in der er gewährt wird, nicht mehr als das größte Problem an. Da den heimischen Erzeugern für ihre wichtigsten Produkte angemessene Preise von Staats wegen garantiert werden, könnten Einfuhrerleichterungen zwar den Verbraucherpreis senken und die Staatskasse durch erhöhte Ausgleichszahlungen an die heimische Landwirtschaft belasten, aber die Agrarproduktion nur auf Spezialgebieten beeinträchtigen. In diesen sind aber andere europäische Länder auch an Preisstabilität interessiert und deshalb vermutlich entsprechenden Abmachungen mit Großbritannien zugänglich. Die britischen Farmer brauchten also europäischen Freihandel nicht zu fürchten, und auch die schutzbedürftigen Agrarproduzenten im Commonwealth könnten nötigenfalls durch Garantiezahlung an Stelle der bestehenden Vorzugszölle gesichert werden.

Ein viel schwierigeres Problem ergibt sich aus den protektionistischen Tendenzen für die Landwirtschaft innerhalb des Gemeinsamen Markts. Wollte Großbritannien die Vorschläge für einen gemeinsamen Außenzolltarif oder für Einfuhrabgaben auf Agrarprodukte aus dritten Ländern akzeptieren, so würde es nicht nur auf Widerstand bei den älteren Mitgliedern des Commonwealth, sondern auch seitens der USA und anderer amerikanischer Länder stoßen, ganz abgese-

hen davon, daß eine solche Vereinbarung grundsätzlich der britischen Handelspolitik zuwiderliefe. Ein Kompromiß wäre vielleicht möglich, wenn die Grundhaltung der Wirtschaftsgemeinschaft liberaler wäre. Zumindest könnte man wohl den Interessen des Commonwealth durch eine — notwendigerweise ziemlich lange — Übergangsregelung entsprechen. Hinsichtlich der Agrarpreise und des Produktionsvolumens sollte eine Abstimmung mit der Wirtschaftsgemeinschaft angesichts der Existenz garantierter Preise und gemischtwirtschaftlicher Absatzorganisationen in England leicht fallen. Eine protektionistische Abmachung mit der Wirtschaftsgemeinschaft wäre aber für die großen Getreidelieferanten außerhalb Europas und andere Mitglieder der Freihandelsvereinigung unannehmbar. Das Agrarproblem präsentiert sich also britischen Beobachtern heute hauptsächlich als ein Widerspruch zwischen dem Protektionismus der Wirtschaftsgemeinschaft und den Interessen dritter Länder, der England selbst nur indirekt angeht.

## Verhandlungen erfordern Geduld

In ihrer Beurteilung der handels- und agrarpolitischen Probleme stellen die britischen Behörden zunehmendes Einverständnis mit ihren Partnern in der Freihandelsvereinigung fest, und die Aussicht auf Finnlands Anschluß an die Freihandelsvereinigung wird als Beweis für ihre Lebenskraft und Anpassungsfähigkeit gedeutet. Auch die zweiseitigen Verhandlungen mit verschiedenen Mitgliedern der Wirtschaftsgemeinschaft zeigen, daß England dort auf Verständnis für seine spezifischen Probleme rechnen kann, wie andererseits auch in London die besonderen Bemühungen führender Persönlichkeiten in der Wirtschaftsgemeinschaft, einen Modus vivendi mit England zu finden, durchaus anerkannt werden. In dieser Hinsicht erregte der Vorstoß des holländischen Außenministers und der Plan für eine Art Kreuzung zwischen Zollunion und Freihandelszone besonderes Interesse. Es ist aber klar, daß jede Regelung höchst komplizierte und zeitraubende technische Verhandlungen und sehr viel Geduld und guten Willen auf allen Seiten voraussetzt, insbesondere auch auf der politischen Ebene. Bemerkenswerterweise ist Mr. Macmillan gerade hier in letzter Zeit als zu vorsichtig und reserviert kritisiert worden. Nicht alle Kritiker gehen so weit wie Lord Gladwyn, der bis zum Frühjahr 1960 britischer Botschafter in Paris war und die Annahme der politischen Bedingungen des Vertrages von Rom als un-

bedingte Voraussetzung ernster Verhandlungen bezeichnet. Manche Kritiker sehen vielleicht eine neue britische Initiative hauptsächlich als taktisches Mittel, Paris zu einer Präzisierung der französischen Stellung zu zwingen. Zweifellos besteht ein britisches Interesse daran, die Verhandlungen nicht im Sand verlaufen zu lassen. Andererseits könnte ein erneuter Zusammenprall mit Frankreich, wie er 1958 erfolgte, nur schaden, und es scheint vielen britischen Beobachtern, daß Paris seinen Standpunkt grundsätzlich nicht geändert hat und die anderen Partner in der Wirtschaftsgemeinschaft trotz öffentlicher Betonung ihrer divergierenden Ansichten Paris schließlich folgen werden.

Unter diesen Umständen besteht auch heute noch in England weitgehend die Neigung, die Dinge ihrem natürlichen Lauf zu überlassen. Solange die Zollabstriche im Gemeinsamen Markt und in der Freihandelszone parallel verlaufen und von gelegentlichen Konzessionen begleitet sind, so argumentiert man, ist eine spätere Einigung unter günstigeren äußeren Umständen, etwa unter stärkerer Einflußnahme Washingtons, nicht ausgeschlossen. Die britischen Exporteure könnten schließlich mit ihrer Geschäftserfahrung im Gemeinsamen Markt ganz zufrieden sein, und wenn dieser schnell wächst und der Export der Wirtschaftsgemeinschaft in das Freihandelsgebiet mehr stieg als der Ausfuhrhandel in umgekehrter Richtung, so könnte dies die taktische Stellung der Freihandelsvereinigung bei künftigen Verhandlungen nur stärken. Da die Freihandelsländer mindestens ein Viertel ihrer Einfuhr durch Bezüge aus der Wirtschaftsgemeinschaft decken und nur etwa ein Zehntel von ihren eigenen Partnern, bestehen tatsächlich für britische Firmen innerhalb der Freihandelsvereinigung große Möglichkeiten, etwaige Absatzeinbußen auf dem Gemeinsamen Markt wettzumachen.

#### *Stellung einzelner Industriezweige*

Unter den Industriezweigen, die von einer solchen Umschaltung Nutzen ziehen könnten, befinden sich vor allem die Kraftfahrzeugindustrie, Stahlwerke, Chemie- und Gummiwarenproduzenten, die Elektroindustrie, Textilproduzenten und Spielwarenhersteller. Einige dieser Gruppen, vor allem die Automobilwerke und die Spielzeugindustrie, sind an ein pro-

tektionistisches Klima gewöhnt und stehen allen Plänen für internationale Zusammenarbeit und Zollabbau mißtrauisch gegenüber, setzen aber andererseits auf den wohlhabenden skandinavischen Markt große Hoffnungen. Wenn sie schon auf dem Gemeinsamen Markt ins Hintertreffen geraten, wollen sie nicht auch ihren Vorteil in der Freihandelszone aufgeben. Andere, wie die chemische und die Maschinenbauindustrie, sind sich der Bedeutung der Freihandelspartner als Kunden durchaus bewußt, wissen aber auch, daß der Zollschutz auf den größeren Märkten der Freihandelsvereinigung, vor allem in Schweden, im allgemeinen gering ist. Sie fühlen sich andererseits leistungsfähig genug, auch auf dem Gemeinsamen Markt unter fairen Wettbewerbsbedingungen ihre Erzeugnisse zu angemessenen Preisen abzusetzen, und möchten diese Chance nicht preisgeben. Gerade solche leistungsfähigen und fortschrittlichen Industriezweige sind aber großenteils auf das Überseegeschäft eingestellt. Wenn sie die kontinentale Konkurrenz auch nicht fürchten, so drängen sie andererseits nicht auf eine positive Regelung des Verhältnisses zur Wirtschaftsgemeinschaft, weil sie am Europageschäft allgemein weniger interessiert sind und seine Möglichkeiten vielleicht auch noch unterschätzen. In der chemischen Industrie hat sich das Europageschäft in den letzten Jahren besser entwickelt als das Überseegeschäft, und zwar in beiden Richtungen. Man betrachtet hier Zollfragen als nebensächlich, Zusammenarbeit zwischen Großfirmen und den beiden Wirtschaftsgruppen dagegen als äußerst wichtig und erfolversprechend.

Weniger leistungsfähige britische Industrien, die Grund haben, die kontinentale Konkurrenz zu fürchten, malen ein düsteres Bild von den Gefahren, die ihnen von einem allgemeinen Zollabbau drohen. Zu ihnen gehören die am Schiffbau interessierten Firmen, deren Methoden zum Teil auf alle Fälle dringend der Korrektur bedürfen. Die Baumwollindustrie, die vor nicht allzu langer Zeit gänzlich im protektionistischen Lager stand, fühlt sich dagegen heute etwas sicherer. Auch der staatliche Kohlenbergbau wäre nach Vollendung seiner Modernisierungs- und Rationalisierungsprogramme an einer Ausweitung des Europageschäfts in Zusammenarbeit mit der Montanunion interessiert. Für Zollabbau und jede Art von Verbindung mit dem

# Brisk



## hält Ihr Haar in Form!

Gemeinsamen Markt sind die britischen Industriezweige, deren Erzeugnisse ohnehin verschärfter Konkurrenz aus Skandinavien und der Schweiz ausgesetzt sind, wie Zellstoff und Papier, Möbel und Uhren, Schokolade und andere Genußmittel. Angesichts der natürlichen und historischen Vorteile, die diese Länder ihnen gegenüber besitzen, werden sie auf alle Fälle auf dem heimischen Markt einen schweren Stand haben. Ähnlich ist die Lage der englischen Leder- und kosmetischen Industrien gegenüber den Ländern der Wirtschaftsgemeinschaft. Sie stehen daher Einfuhrerleichterungen im Rahmen eines Übereinkommens mit dieser feindlich gegenüber.

### **Die Form der Zusammenarbeit**

Es muß jedoch betont werden, daß zwar alle britischen Industrien sorgfältig untersucht haben, wie ihre besonderen Interessen durch die verschiedenen Vorschläge für Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsgemeinschaft berührt werden, daß aber kaum eine endgültig Stellung bezogen hat. Es ist durchaus möglich, daß ihre Schwierigkeiten, insoweit sie auf einem Kostenvorsprung kontinentaler Fabrikanten beruhen, in dem Maße verschwinden werden, wie Löhne und Sozialleistungen in den ärmeren Ländern des Gemeinsamen Marktes auf den Stand der reicheren gehoben werden. Eine solche Anhebung des Lebensstandards in den ärmeren Ländern Europas erscheint manchen Kennern der Materie, die einen Überblick über die gesamte Industrie Großbritanniens besitzen, wie Mr. Tuke, Vorstandsvorsitzer von Barclays Bank, unerläßlich. Eine Anhebung der Lohnsätze im Gemeinsamen Markt würde auch die Bedenken der britischen Gewerkschaften zu zerstreuen helfen.

Was die Form der Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsgemeinschaft anbetrifft, so denkt man heute in England wie in anderen Ländern der Freihandelsvereinigung an eine Verbindung von Zollunion und Freihandelszone, wie sie auch von Prof. Müller-Armack empfohlen wurde. Eine politische Verbindung der Freihandelsvereinigung als solcher mit der Gemeinschaft ist natürlich unmöglich, da Finnland und Österreich ihre Beziehungen mit der Sowjetunion und die Schweiz und Schweden ihre traditionelle Neutralität hüten müssen. Für die Pflege der politischen Beziehungen Großbritanniens mit der Wirtschaftsgemeinschaft gibt es verschiedene Möglichkeiten; London will jedoch weder einem Direktorium angehören noch sich einem solchen unterordnen. Politische Rücksichten auf das Commonwealth und das nordatlantische Bündnis schließen aber natürlich verstärkte wirtschaftliche Bindungen nicht aus. Im Gegenteil scheint es britischen Beobachtern, daß die großen Möglichkeiten und Aufgaben außerhalb Europas ein Grund mehr sind, eine Lösung zu suchen, die Westeuropa als Ganzes stärkt.

Die britische Regierung stützt sich grundsätzlich auf die vom GATT vertretene Meinung, daß die Integration und Föderation nationaler Wirtschaften zur Handelsliberalisierung beitragen können, wenn sie nicht zu Vorzugsbehandlung für die Teilnehmer und zusätzlichen Schranken nach außen führen. Zollunionen und Freihandelszonen müssen gleichermaßen danach beurteilt werden, ob sie dem Welthandel dienen oder Abbruch tun. Der Wert einer Zollunion zwischen der Wirtschaftsgemeinschaft und der Freihandelsvereinigung, bzw. des korporativen Beitritts der ersteren zur letzteren, würde demnach in der Senkung der Innen- und auch Außenzölle liegen. Großbritannien wäre grundsätzlich bereit, seine eigenen Schutzzölle im Sinne des Müller-Armackschen Vorschlages parallel zu dem Außenzolltarif für den Gemeinsamen Markt zu senken. Ebenso werden seine Vorschläge für allgemeine Vorzugszölle für Rohstoffe als interessanter Diskussionsbeitrag gewertet, und das grundsätzliche Ziel eines allmählichen Abbaus der Zölle zwischen den Sechs und Sieben wird natürlich bejaht und begrüßt. Ob ein solch weitgehender Plan unter den obwaltenden Umständen international Aussicht auf Annahme hätte, ist natürlich eine andere Frage. Bis vor kurzem glaubte man jedenfalls in London, daß man für die Verminderung der gegenseitigen Diskriminierung praktisch mehr durch Ausarbeitung einer Anzahl von ad-hoc-Vereinbarungen erreichen würde, aber auch in dieser Hinsicht scheint sich ein Wandel anzubahnen.

Die der Westeuropäischen Union vorgetragenen Vorschläge zeigen tatsächlich einen grundsätzlichen Wechsel in der britischen Stellung an, wie auch offiziell betont wird. Ein gemeinsamer oder „harmonisierter“ Außenzolltarif wäre für Großbritannien danach annehmbar, wenn die Wirtschaftsgemeinschaft ihm hinsichtlich der Agrar- und Commonwealth-Schwierigkeiten entgegenkommt. Er würde aber, um Opposition außerhalb Europas zu vermeiden, ziemlich niedrig liegen müssen, insbesondere für typische Produkte der Entwicklungsländer, die unter keinen Umständen den Eindruck gewinnen dürfen, daß europäische Staaten ihrem Außenhandel Schwierigkeiten bereiten. England seinerseits bietet Zugeständnisse hinsichtlich seiner Vorzugszölle im Commonwealth an und kommt damit den in bilateralen Besprechungen von deutscher und italienischer Seite vorgetragenen Wünschen entgegen. Die britische Initiative entspricht auch schweizerischen und schwedischen Ideen, schließt aber nicht notwendigerweise alle Freihandelsländer ein. Auf alle Fälle öffnet sie neue Wege für Verhandlungen und ist auch mit den Bestrebungen für eine allgemeine Zollsenkung im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) vereinbar. Aus all diesen Gründen werden auf sie in London große Hoffnungen gesetzt.